

# Antrag

**Initiator\*innen:** VV (beschlossen am: 28.11.2025)

**Titel:** Zukunft hat eine integrative Gesellschaft

## Antragstext

1 In einer von Migration geprägten Welt ist Integration eine zentrale  
2 gesellschaftliche Aufgabe. Das ZdK steht dafür ein, dass das Zusammenleben von  
3 Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Geschichte gelingt. Dazu müssen  
4 alle Beteiligten ihren Beitrag leisten. Das ZdK setzt auf Einheit in Vielfalt.  
5 Menschen dürfen und sollen ihre Fähigkeiten, Talente und Ideen in die hiesigen  
6 Lebensverhältnisse einbringen und diese mitgestalten können. Integration  
7 betrifft alle - ob mit oder ohne Einwanderungsgeschichte. Insofern ist sie keine  
8 einseitige Bringschuld zugezogener Menschen.

9 Das Interesse am Menschen mit seiner Würde, seinen Kompetenzen, seiner  
10 Geschichte und seinen Wünschen leitet das ZdK aus dem christlichen Menschenbild  
11 ab. Unvereinbar damit sieht es alle Versuche, definierte Personengruppen  
12 verantwortlich zu machen für Missstände, die politisch und ökonomisch  
13 unzureichend bearbeitet wurden und werden. Solche Schuldzuweisungen führen zu  
14 Simplifizierungen, verschärfen Konflikte, führen zu einer gesellschaftlichen  
15 Entfremdung und stärken Populismus und Extremismus. Das Spielen mit Ängsten  
16 schürt gesellschaftliche Spaltungen, Misstrauen wächst und die  
17 Dialogfähigkeit sinkt. Dies kann in einer Desintegration resultieren. Das ZdK  
18 widerspricht diesen Narrativen der Angst sowie allen Strategien der Ausgrenzung.  
19 Stigmatisierung und Abwehr belasten das gesellschaftliche Klima; Chancen und  
20 Möglichkeiten stiften Zusammenhalt. Es bedarf einer Politik, die Menschenrechte  
21 nicht zur Disposition stellt, sondern eine faktenbasierte Debatte anstößt, die  
22 Herausforderungen realistisch beschreibt und zu den besten Lösungen führt.

23 Es geht um Integration in der Gesellschaft. Es geht um Menschen, die zum Teil  
24 vor Jahren oder Jahrzehnten eingewandert sind. Manche von ihnen haben die

25 deutsche Staatsangehörigkeit, manche nicht. Die Achtsamkeit für die Bedürfnisse  
26 der Einzelnen und eine Kultur der Teilhabe an Rechten und Pflichten fördern den  
27 gesellschaftlichen Zusammenhalt.

28 Integration ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die Rahmenbedingungen,  
29 Kreativität, Geduld und Ressourcen benötigt. Ohne eine gut ausgestattete  
30 Migrationsberatung und ohne ausreichende Integrations- und Sprachkurse stoßen  
31 gerade neu Eingewanderte auf Barrieren. Die Kommunen stehen vor besonderen  
32 Herausforderungen, denn hier sind fehlende Unterbringungsmöglichkeiten,  
33 fehlende Kita- oder Schulplätze oder Engpässe bei der Daseinsvorsorge  
34 spürbar. Es braucht eine föderale Lastenteilung, die es den Kommunen  
35 ermöglicht, ihre Aufgaben verlässlich zu erfüllen. Dazu gehören auch  
36 ausreichende, innovative und passgenaue Unterbringungskapazitäten für  
37 Geflüchtete. Lokale Perspektiven und Bedarfe sind auf Bundesebene  
38 kontinuierlich zu berücksichtigen. Für ein gutes Miteinander braucht es  
39 klugen, sozial und ökologisch nachhaltigen Wohnungsbau, qualitative  
40 Kindertagesstätten und moderne Bildungseinrichtungen. Umfangreiche  
41 Investitionen, um an diesen Stellschrauben zu drehen, zahlen sich aus, wenn  
42 Bund, Länder und Kommunen ein Finanzierungsmodell schaffen, das langfristig  
43 trägt, Zusammenhalt stiftet und Zukunftsfähigkeit erzeugt. Im Folgenden  
44 benennt das ZdK sieben zentrale Handlungsfelder, nimmt Bestandsaufnahmen vor und  
45 formuliert Handlungsbedarfe.

## 46 1. Sprache

### 47 **Bestandsaufnahme**

48 Die Kenntnis der deutschen Sprache ist ein wesentlicher Schlüssel zu  
49 gelingender Integration und Teilhabe. Sie ermöglicht nicht nur Kommunikation,  
50 sondern auch kulturelle Teilhabe, berufliche Chancen und soziale Zugehörigkeit.  
51 Gleichzeitig bedeuten eingeschränkte Deutschkenntnisse nicht zwingend ein  
52 Scheitern der Integration.

53 Bei der Sprachförderung stellen Finanzierungseingänge und fehlendes  
54 Lehrpersonal die zentrale Herausforderung dar. Kursgebühren sind für viele  
55 eine hohe Hürde. Bildungsträger\*innen können als Anbieter\*innen von  
56 Sprachkursen die hohe Nachfrage vielerorts nicht bedienen. Die Grundlage für  
57 Integration durch Sprache ist zwar gelegt, benötigt allerdings nachhaltige  
58 Finanzierung und zielgruppenspezifische Ansätze. Im Bereich der  
59 Arbeitsmigration aus dem EU-Ausland sehen wir in der Praxis kaum ausreichend  
60 flexible und flächendeckend abgesicherte Angebote zum Erwerb von  
61 Sprachkenntnissen. Vollzeitarbeit und insb. prekäre  
62 Beschäftigungsverhältnisse erschweren oder verunmöglichen Bemühungen die

63 deutsche Sprache gut zu erlernen.[\[1\]](#) Zugleich sehen wir in vielen Bereichen des  
64 Arbeitsmarktes einen immer größer werdenden Arbeitskräfte- und  
65 Fachkräftemangel. Dass Zugewanderte zumindest grundlegende Deutschkenntnisse  
66 erlangen, gewinnt dadurch als zentraler Faktor der Arbeitsmarktintegration  
67 weiter an Bedeutung, um diesem Mangel entgegenzuwirken.

## 68 **Handlungsbedarfe**

69 Eingewanderte Menschen verfügen über Sprachkenntnisse. Allen Sprachen kommt  
70 ein Wert zu. Sie müssen gleichermaßen geschätzt werden. Kinder dürfen  
71 aufgrund ihrer nichtdeutschen Mutter- und Vatersprachen keine Diskriminierung  
72 erfahren.

73 Der Erwerb von Kenntnissen der deutschen Sprache muss vom Staat und der  
74 Wirtschaft noch stärker ermöglicht werden. Die Sprachkurse sind kostenlos und  
75 (auch im ländlichen Raum) flächendeckend anzubieten und durch Flexibilität  
76 möglichst passgenau auf die Bedürfnisse z. B. von Eltern und Berufsgruppen  
77 sowie auf Rahmenbedingungen wie Schichtarbeit zuzuschneiden. Die sprachliche  
78 Bildung muss allen Migrant\*innen offenstehen - unabhängig von Geschlecht,  
79 familiärer Situation, Bleibeperspektive und Aufenthaltsstatus.

## 80 **2. Bildung**

### 81 **Bestandsaufnahme**

82 Die Bildungschancen sind in Deutschland ungleich verteilt und hängen stark vom  
83 sozialen Status ab. Eingewanderte Kinder stehen vor besonderen Hürden: Sie  
84 müssen Deutsch als Bildungssprache erlernen und werden deswegen oft nicht in  
85 die Regelklassen integriert. Kinder, die im Asylverfahren oder mit Duldung in  
86 einer Gemeinschaftsunterkunft leben, haben keinen oder einen erschwerten Zugang  
87 zu frühkindlicher und zu schulischer Bildung. Ausländische Eltern mit dem  
88 "falschen" Status (z.B. Asylsuchende, die meisten Geduldeten,  
89 Bildungsmigrant\*innen oder arbeitssuchende EU-Bürger\*innen) erhalten kein  
90 Kindergeld und keine Förderung nach BAföG. Wie auch in Deutschland geborene  
91 Kinder mit Migrationshintergrund sind sie mit einer Bildungslandschaft  
92 konfrontiert, die der größer gewordenen Vielfalt der Lebensrealitäten von  
93 Kindern und Jugendlichen nicht gerecht wird.

94 Trotz vielfältiger Weiterbildungsangebote gibt es noch keine  
95 gesamtgesellschaftliche Weiterbildungskultur. Hier bleiben Möglichkeiten  
96 ungenutzt.

97 **Handlungsbedarfe**

98 Gute Bildung für alle eröffnet Chancen und berücksichtigt unterschiedliche  
99 Ausgangssituationen und Bedarfe. Das erfordert Flexibilität und eine Anpassung  
100 der Curricula. Es braucht interkulturelle Kompetenz und ein  
101 diskriminierungsfreies Lernumfeld. Strukturen der formalen und non-formalen  
102 Bildung müssen ausgebaut werden. Fördermaßnahmen wie das BAföG müssen nach  
103 Bedarf und nicht nach ausländerrechtlichem Status gewährt werden.

104 Lebenslanges Lernen ist unverzichtbar – unabhängig von Alter, Herkunft oder  
105 sozialem Status. Dann entwickeln und nutzen Menschen ihre Potenziale und erleben  
106 Selbstwirksamkeit. (Weiter-)Bildung muss deshalb für alle zugänglich und  
107 attraktiv gestaltet werden. Wesentliche Instrumente sind neben einem  
108 verbindlichen Rechtsanspruch auf berufliche Weiterbildung auch eine  
109 Bildungsteilzeit mit Lohnfortzahlung und ein Qualifizierungsgeld. So entsteht  
110 eine Unternehmenskultur, die Lernen als gemeinsame und langfristige Aufgabe  
111 versteht.

112 **3. Arbeit**

113 **Bestandsaufnahme**

114 Die Erwerbstätigenquoten von eingewanderten Menschen unterscheiden sich je nach  
115 Herkunft, Aufenthaltsdauer und rechtlichem Status mehr oder weniger stark vom  
116 Bevölkerungsdurchschnitt. Eingewanderte sind überdurchschnittlich oft in  
117 weniger gut bezahlten Tätigkeiten zu finden. Dies gilt in Teilen auch für ihre  
118 direkten Nachfahren.

119 Ob Pflege, Handwerk, Gastronomie, Logistik, Bildung, Industrie, Wissenschaft,  
120 Verwaltung: Gelingt es nicht, das vorhandene Potential zu nutzen, werden sich  
121 Probleme in vielen Sektoren massiv verschärfen. Auch Einwanderung kann ein Teil  
122 der Lösung sein. Das Ausländerrecht wurde deshalb – insbesondere für  
123 Fachkräfte – in den letzten Jahren mehrfach liberalisiert. Arbeitsverbote  
124 für Asylbewerber\*innen und Personen, deren Aufenthalt nur geduldet wird, wurden  
125 reduziert, aber nicht vollständig beseitigt.

126 Trotzdem erschweren langwierige Visa-Verfahren für Nicht-EU-Bürger\*innen die  
127 Einwanderung und senken im globalen Ringen um Fachkräfte die Attraktivität  
128 Deutschlands. Komplizierte Anerkennungsprozesse erschweren die gezielte  
129 Anwerbung von Arbeits- und Fachkräften und zugleich die Integration in den  
130 Arbeitsmarkt bei Personen, die nicht wegen der Arbeit kommen, wie z.B.  
131 nachziehende Ehegatt\*innen oder Schutzsuchende. Hier fehlt es zum Teil an  
132 ausreichenden und übersichtlichen Beratungsmöglichkeiten für die

133 Migrant\*innen, aber auch für Arbeitgeber\*innen. Gerade kleinere Firmen sind  
134 hier mit der Begleitung überfordert.

### 135 **Handlungsbedarfe**

136 Maßnahmen zur (Re)Integration in den Arbeitsmarkt und zur beruflichen  
137 Qualifizierung müssen migrationsspezifische Bedarfe berücksichtigen und in  
138 ausreichendem Maß zur Verfügung stehen. Für Geflüchtete sind Zugänge zum  
139 Arbeitsmarkt auszuweiten, rechtliche Hürden müssen weiter abgebaut werden.  
140 Insbesondere für junge Menschen selbst ist der Zugang zu Ausbildungs- und  
141 Arbeitsmöglichkeiten entscheidend, da er ihre Eigenständigkeit und  
142 Zukunftsperspektiven maßgeblich bestimmt.

143 Der Umgang mit beruflichen Qualifikationen und Fähigkeiten muss pragmatisch und  
144 wertschätzend sein. Die Anerkennung von Abschlüssen ist für eine  
145 ausbildungsadäquate berufliche Integration und die Erteilung einer  
146 Aufenthaltserlaubnis für Fachkräfte von Bedeutung. Zielführend ist es,  
147 Anerkennungsverfahren zu beschleunigen und sie transparenter und praxisnäher zu  
148 machen, um vorhandene Qualifikationen besser zu nutzen. Arbeitgeber\*innen gilt  
149 es hierbei stärker einzubinden, um staatliche Stellen zu entlasten und die  
150 Verantwortung der Unternehmen zu stärken. Bereits bestehende Möglichkeiten,  
151 ganz auf das Anerkennungsverfahren zu verzichten, wie z.B. bei Fachkräften in  
152 der Informations- und Kommunikationstechnologie, gilt es so weit wie möglich  
153 auf andere Berufsgruppen auszuweiten.

## 154 4. Sozialer Status

### 155 **Bestandsaufnahme**

156 Die Inklusion verschiedener Gruppen von Zugewanderten in unserem Land ist immer  
157 wieder gut gelungen. Nicht nur wirtschaftlich hat Deutschland enorm von ihnen  
158 profitiert. Aber bei den meisten Faktoren, die den sozialen Status bestimmen,  
159 wie Einkommen, Vermögen, Wohnungsgröße, Gesundheit oder Lebensdauer, liegen  
160 Eingewanderte und ihre Nachkommen immer noch unter dem Durchschnitt. Nicht  
161 selten geraten Eingewanderte in Deutschland durch prekäre Beschäftigung „unter  
162 die Räder“ und werden ausgebeutet. In vielen Branchen gibt es eine Mehrklassen-  
163 Gesellschaft; [\[2\]](#) Migrant\*innen bilden die unterste Klasse, was Entlohnung,  
164 Absicherung und Ansehen betrifft. In bestimmten Branchen wie der  
165 Fleischindustrie, den Paketdiensten, auf dem Bau und in der Gebäudereinigung  
166 sehen wir außerdem ausgeprägte und großflächige Formen von Menschenhandel,  
167 darunter auch Frauenhandel und Zwangsprostitution. Wir sehen Ausbeutung und  
168 moderne Sklaverei. Das geschieht unterhalb des "Radars" der Rechtsstaatlichkeit.

169 Auch unter verschiedenen Migrantengruppen ist Ausgrenzung und Diskriminierung  
170 deutlich erkennbar, welche ebenso durch multiple Krisen verstärkt werden.

171 **Handlungsbedarfe**

172 Integration ist eine Vitalfunktion menschlicher Gesellschaft. Aus dem  
173 christlichen Menschenbild resultiert die Anerkennung einer globalen  
174 Geschwisterlichkeit und die Teilhabe aller am Gemeinwesen, unabhängig von ihrer  
175 ethnischen, geschlechtlichen, religiösen und kulturellen Identität. Weit  
176 verbreitete Diskriminierung und Ausgrenzung kann und muss überwunden werden  
177 durch eine Kultur der Hochachtung und Integration im Zusammenleben von Menschen  
178 mit und ohne Zuwanderungsgeschichte.

179 Strukturen, die einen niedrigen sozialen Status verfestigen, müssen abgebaut  
180 werden. Fördermaßnahmen müssen sich am Bedarf orientieren und dürfen  
181 Eingewanderte nicht ausgrenzen.

182 Mafiöse Strukturen von Menschenhandel und Ausbeutung gilt es aufzudecken und zu  
183 zerschlagen. Die Betroffenen brauchen Beratung, Unterstützung und Auswege aus  
184 ihrer Zwangslage.

185 5. Wohnen und Gesundheit

186 **Bestandsaufnahme**

187 Gelingende Integration und menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen, zu  
188 denen auch das Wohnen gehört, bedingen einander. Bezahlbarer Wohnraum, jenseits  
189 von räumlicher Segregation und geschützt vor Mietwucher und Vermieterwillkür,  
190 sind Voraussetzung für das Ankommen und die Beheimatung in unserer  
191 Gesellschaft. Arbeitsmigrant\*innen befinden sich nicht selten in einer  
192 Mehrfachabhängigkeit, wenn Arbeitgeber\*innen gleichzeitig auch Vermieter\*innen  
193 Unterkunft sind. Der Bestand von Sozialwohnungen schrumpft bundesweit in  
194 dramatischem Ausmaß. Wenn Geflüchtete jahrelang in Sammelunterkünften  
195 verharren müssen, hemmt dies ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

196 Menschenunwürdige Wohnverhältnisse können krank machen. Außerdem fehlen je nach  
197 Status Zugänge zu umfassender gesundheitlicher Versorgung. Es kommt immer wieder  
198 zu ungleicher Behandlung. Besonders Kinder und Jugendliche sind in solchen  
199 prekären Wohnsituationen in ihrer Entwicklung gefährdet und erleben häufig  
200 Belastungen, die langfristige Folgen haben können.

201 **Handlungsbedarfe**

202 Existierende Probleme auf dem Wohnungsmarkt sind nicht durch Migration

203 verursacht; Migration macht sie als strukturelle Defizite deutlicher sichtbar.  
204 Der Markt löst die Wohnungskrise nicht. Es braucht mehr bezahlbaren Wohnraum  
205 und insbesondere mehr Sozialwohnungen. Wir werben dafür, dabei nicht auf  
206 ungezügelter Versiegelung zu setzen, sondern auf innovative Steuerung, maßvolle  
207 Verdichtung und eine kluge Umnutzung des Bestands.

208 Maßnahmen gegen Mietwucher und die Vermietung von Schrottimmobilien dürfen  
209 sich nicht gegen die Opfer dieser Ausbeutung richten. Damit sie sich aus  
210 prekären Arbeits- und Wohnsituationen lösen können, benötigen sie  
211 entsprechende Unterstützung durch Beratungsangebote und die Jobcenter.

212 Alle Menschen in Deutschland müssen diskriminierungsfreien Zugang zu  
213 umfassender gesundheitlicher Versorgung erhalten. Dies ist unverzichtbar und  
214 menschenwürdig und gilt unabhängig vom Status und auch für Menschen in der  
215 Wohnungslosigkeit. Insbesondere Geflüchtete haben häufig einen höheren Bedarf  
216 an psychosozialen und psychotherapeutischen Hilfsangeboten, der vielerorts auf  
217 ein lückenhaftes Angebot trifft. Statt Kürzungen braucht es hier eine  
218 ausreichende, dauerhafte und flächendeckende Finanzierung.

## 219 6. Familie

### 220 **Bestandsaufnahme**

221 Der Schutz der Familie in all ihren vielfältigen Formen zählt zu den elementaren  
222 Grund- und Menschenrechten sowie zu den Kernwerten unserer Gesellschaft. Er  
223 gehört wesentlich zum christlichen Menschenbild und ist verfassungsrechtlich  
224 verankert. Familien stellen auch für Migrant\*innen ein äußerst wichtiges  
225 soziales Netzwerk dar. Sie bieten emotionale Unterstützung, praktische Hilfe bei  
226 der Orientierung im neuen Land und fungieren als Vermittler\*innen zwischen der  
227 alten und der neuen Heimat. Kinder aus migrantischen Familien übernehmen teils  
228 eine Brückenfunktion, da sie aufgrund des Schulbesuchs oft zügiger Kontakte  
229 knüpfen und die deutsche Sprache erlernen. Der Bundestag hat im Juni 2025  
230 beschlossen, den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte auszusetzen.  
231 Auch andere Eingewanderte und Deutsche stehen oft vor erheblichen Hürden und  
232 können ihre Angehörigen nicht zu sich holen. Besonders betroffen sind dabei  
233 Frauen, queere Personen und Alleinerziehende, die ohne familiäre Unterstützung  
234 stärker vulnerabel sind und einem erhöhten Risiko von Überlastung und  
235 Unsicherheit ausgesetzt werden. Die erzwungene Familientrennung führt zu  
236 erheblichen psychischen Belastungen bei den bereits in Deutschland lebenden  
237 Personen. Die Sorge um die Familienmitglieder dominiert oft den Alltag der  
238 Betroffenen und erschwert Integration. Kinder und Jugendliche leiden hierbei in  
239 besonderem Maße unter Angst, Unsicherheit und der Gefahr der Parentifizierung,  
240 da sie häufig Verantwortung übernehmen und bürokratische Aufgaben für ihre  
241 Familien tragen müssen. Die Wahrung des Kindeswohls gemäß der UN-

242 Kinderrechtskonvention macht es notwendig, diese Belastungen sichtbar zu machen  
243 und zu vermeiden.

#### 244 **Handlungsbedarfe**

245 Praktische Hürden in der Umsetzung des Familiennachzugs, insbesondere die  
246 langen Bearbeitungszeiten, müssen beseitigt werden.

247 Die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte torpediert  
248 das Ziel, legale Zuwanderung zu stärken und Integration zu fördern. Wegen der  
249 Belastung für die Psyche der Betroffenen und wegen der Schädigung des  
250 gesellschaftlichen Zusammenhalts muss spätestens mit Fristablauf der  
251 Familiennachzug wieder ermöglicht werden. Alle Maßnahmen zum Familiennachzug  
252 müssen kinderrechtliche und geschlechtergerechte Standards berücksichtigen und  
253 sicherstellen, dass vulnerable Gruppen – insbesondere Frauen, Alleinerziehende  
254 sowie Kinder und Jugendliche – nicht durch Verfahrensverzögerungen oder  
255 Aussetzungen besonders belastet werden.

### 256 7. Politische Teilhabe

#### 257 **Bestandsaufnahme**

258 Volle politische Teilhabe ist hierzulande an die deutsche Staatsangehörigkeit  
259 gebunden. Die Einbürgerungszahlen sind in den letzten Jahren gestiegen. Dennoch  
260 besteht weiterhin eine große numerische Lücke zwischen der Bevölkerung im  
261 Wahlalter und der Gesamtheit der Wahlberechtigten. Dies verhindert die  
262 gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an politischen Willensbildungs- und  
263 Entscheidungsprozessen – ein Grundpfeiler von Demokratien. Die schwarz-rote  
264 Bundesregierung macht Fortschritte rückgängig: Die Abschaffung der sogenannten  
265 „Turbo-Einbürgerung“ sorgt dafür, dass für engagierte und besonders gut  
266 integrierte Personen volle politische Teilhabe erst später zugänglich wird.

267 Selbstkritisch stellen wir fest, dass es in kirchlichen Gremien in Deutschland  
268 an Diversität mangelt. Diesen Rückstand gilt es aufzulösen.

#### 269 **Handlungsbedarfe**

270 Einbürgerung ermöglicht Teilhabe mit allen Rechten und Pflichten. Menschen  
271 sind vielfältig – Beheimatung kann schnell gelingen, lange dauern oder  
272 scheitern. Die aktuelle Gesetzeslage, die eine Mindestaufenthaltsdauer von fünf  
273 Jahren für die Einbürgerung vorsieht, erscheint für den Regelfall angemessen.  
274 Damit die gesetzlich vorgesehenen Fristen auch praktisch wirksam werden, ist  
275 wichtig, dass die zuständigen Behörden die Anträge schneller bearbeiten

276 (können). Wir werben dafür, Einbürgerung nach fairen Rahmenbedingungen zu  
277 ermöglichen. Die mit der Reform 2024 eingeführte Verschärfung bei der  
278 Lebensunterhaltssicherung lehnen wir ab. U. a. für viele Alleinerziehende,  
279 Menschen mit Behinderung, chronisch Kranke sowie wirtschaftlich noch nicht  
280 selbständige Jugendliche bedeutet die aktuelle Regelung unnötige Härten und  
281 einen erschwerten Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit.

282 Auch für Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit ist der Erwerb der  
283 deutschen Staatsangehörigkeit zu erleichtern. Das gilt insbesondere für die  
284 generationenübergreifende Weitergabe dieses rechtlichen Schwebezustands und der  
285 damit einhergehenden faktischen Staatenlosigkeit auch von in Deutschland  
286 geborenen Kindern.

287 Wir fordern ein Kommunalwahlrecht auch für Ausländer\*innen, die nicht aus  
288 einem EU-Mitgliedsland kommen. Mitbestimmung gelingt auch durch verbandliche  
289 Strukturen. Deshalb gilt es, selbstorganisierte Zusammenschlüsse zwecks  
290 Interessenvertretung zu fördern.

291 [\[1\]](#) Beispiel: Wer in der Fleischindustrie sechs Tage in der Woche und elf  
292 Stunden am Tag arbeitet, lernt danach kein Deutsch mehr, schon lange nicht bei  
293 Wechselschichten und kostenpflichtigen Sprachkursen.

294 [\[2\]](#) Beispiel: z.B. in der häuslichen Pflege („24-Stunden-Pflege“) in Form  
295 von Ungleichheit in Bezahlung, Ansehen und rechtlicher Absicherung durch  
296 Entsendungs-, (Schein-)selbständigen- und Schwarzabreitmodellen.

## **Begründung**

Hintergründe:

Der Text wurde im ad hoc-Arbeitskreis Integration, der sich im Mai 2025 konstituierte, im Rahmen von fünf digitalen Sitzungen erarbeitet.